



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/134 - 20. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 01804 - 33

Fernschreiber 0286400

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Schaltpause oder Kurzschluß? Zur Unterbrechung der Genfer Außenminister-Konferenz Von Günter Markscheffel	82
3 - 4	Bilanz der Haushaltsberatungen Von H.G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	109
5	Drei prominente jugoslawische Politiker in Bonn Dr. Vladoimir Bakarić - Dr. Aless Bebler - Dragi Stamenković	45
6 - 7	Gandhi kontra Moskau Kerala: Gewaltloser Widerstand als Kampfmittel gegen Kommunisten	66

* * *
* * *

Schaltpause oder Kurzschluss ?

Von G. Markscheffel

Es wäre nicht gut, wollte man die jetzt in Genf eingetretene Pause von drei Wochen dramatisieren. Zu lange schon hatte man mit der Möglichkeit gerechnet, neue Verhandlungsgrundlagen entwickeln zu müssen, um jetzt den Überraschten spielen zu können.

Gewiss, die letzten sowjetischen Vorschläge zum Berlin-Problem sind in der Sache enttäuschend. Man könnte veranlasst sein, wieder an den 27. November 1958 zu denken, an jenen Tag, an dem der erste massive Berlin-Vorstoss aus Moskau erfolgte. Aber die Situation ist doch anders als damals. Was seinerzeit von Moskau gefordert wurde, war in jedem Punkt unannehmbar. Heute enthält der sowjetische Vorschlag mindestens Hinweise darauf, was Moskau auf dem Wege von weiteren Verhandlungen zu klären gedenkt.

Da bleibt zunächst an der Spitze das Bestreben der Sowjets, der DDR in irgendeiner Form zur internationalen Anerkennung zu verhelfen; wenn es auch nur für eine Übergangszeit ist. Es wird ferner von der Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Ausschusses gesprochen, der die Aufgabe übernehmen soll, "konkrete Massnahmen für die Wiedervereinigung zu erörtern und auszuarbeiten und die mit der Vorbereitung und dem Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland verbundenen Fragen zu prüfen." Die Sowjets sprechen von einem provisorischen Status West-Berlins, dessen Gültigkeitsdauer für sie "weder eine Haupt- noch eine Grundsatzfrage" sein soll.

Moskau scheint also darauf abzielen, das Deutschlandproblem in seiner Gesamtheit und möglichst im Zusammenhang mit dem Problem der europäischen Sicherheit auf den Verhandlungstisch zu bringen, sei es auf der am 13. Juli wieder beginnenden Aussenministerkonferenz, oder auf einer für später einzuberufenden Gipfelkonferenz. In der Zwischenzeit soll, wie mehrfach während der sechs Genfer Konferenzwochen gesagt wurde, für die Berlin-Frage selbst ein Provisorium geschaffen werden.

Die jetzt entstandene Situation ist nicht einfach. Der Westen war zu Beginn der Genfer Aussenministerkonferenz bei allen seinen Vorschlägen von der Vermutung ausgegangen, dass Moskau unbedingt ein Gipfeltreffen wolle und bereit sei, einen recht hohen Preis dafür zu zahlen. Dann spielte der Westen mit der Vorstellung, man könne die Sowjets in Genf mürbe machen. Wir haben schon nach Ablauf der ersten zwei Konferenzwochen darauf hingewiesen, dass diese Taktik vielleicht eines Tages teuer bezahlt werden müsse, da sie nicht in

Rechnung stellt, dass Moskau - wenn es ums Ganze geht - auch ohne die Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems auskommen kann. Jetzt steht man vor dem Ergebnis einer Fehlkalkulation, deren Beseitigung schwerfallen dürfte.

Mit dieser Feststellung erhebt sich die Frage, welche realen Möglichkeiten zur Auflockerung der Ost-West-Spannungen bei Kommen-den Verhandlungen gegeben sind. Die Unvereinbarkeit der westlichen mit den östlichen Forderungen macht das Suchen nach einer neuen Ausgangsposition zur zwingenden Notwendigkeit. Die im Absatz 6 des Abschlusskommuniqués der Pariser Atlantikratstagung vom Dezember vergangenen Jahres enthaltene Forderung, man dürfe das Berlin-Problem nicht isoliert, sondern müsse es im Zusammenhang mit dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und dem der europäischen Sicherheit zur Diskussion stellen, ist im Prinzip immer noch richtig. Warum der Westen in Genf dieses Prinzip aufgegeben hat und nichts unternahm, um von der isolierten Behandlung der Berlinfrage wegzukommen, ist nicht klar. Gromyko hat am 5. Juni durch seine - offenbar vergessenen - Fragen nach Erörterungen über eine militärische Entspannungszone in Mitteleuropa die Gelegenheit dazu geboten, den Schritt über den Schatten, der auf der Genfer Konferenz lastete, zu tun. Seine Fragen blieben bis heute unbeantwortet ...

Auch die Tatsache, dass der britische Außenminister Selwyn Lloyd bereits am Ende der zweiten Konferenzwoche die Möglichkeit in Erwägung gezogen hatte, einige im westlichen und östlichen Verhandlungspaket gleichermaßen angesprochene Themen herauszulösen und sie zu diskutieren, scheint in Vergessenheit geraten zu sein.

Man würde sicher zu weit gehen, wollte man deshalb die bisherige Phase der Aussenministergespräche in Genf als "Konferenz der verpassten Gelegenheiten" bezeichnen. Aber vielleicht wäre es doch gut, wenn man die tatsächlich verpassten Gelegenheiten einmal in aller Ruhe analysiert und dann einen neuen Anlauf nimmt, um von der isolierten Behandlung des Berlin-Problems herunterzukommen.

Deshalb wiederholen wir noch einmal: Wir halten die Dramatisierung der jetzt entstandenen Situation für unangebracht. Vielmehr sind wir der Meinung, dass die "Schaltpause" in Genf vom Westen dazu benutzt werden sollte, - und besonders von der Regierung der Bundesrepublik - auch jene Anregungen ernsthaft zu prüfen, die von der Opposition gerade im Hinblick auf die Genfer Konferenz entwickelt wurden. Der Deutschlandplan der SPD enthält zahlreiche Vorschläge, die, von der realen internationalen Situation ausgehend, jenen Vorstellungen entgegenkommen, zu deren Sprecher sich Selwyn Lloyd auf der Genfer Aussenministerkonferenz gemacht hat. Wir glauben, dass es noch nicht zu spät ist.

Bilanz der Haushaltsberatungen

Von H. G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

Schon während der Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages und auch bei den Plenarberatungen selbst haben die Redner der Sozialdemokratischen Fraktion bei verschiedenen Anlässen auf grosse und kleine Möglichkeiten hingewiesen, um eine billigere und den Bedürfnissen des Volkes besser entsprechende Haushaltsführung zu erreichen. Während im Haushaltsausschuss die eine oder andere Verständigung zustandekam, sind im Plenum die Anträge der Sozialdemokraten so gut wie restlos abgelehnt worden. Trotzdem ist zu beobachten, dass in einigen Fragen das Verständnis des Bundesfinanzministeriums gegenüber grundsätzlich wichtigen sozialdemokratischen Vorschlägen vielleicht im Wachsen ist.

Die "supranationalen Behörden"

Im Haushaltsausschuss des Bundestages haben die Sozialdemokraten die Initiative ergriffen, um die unerhört hohen Beiträge für supranationale Behörden zu durchleuchten. Die Verwaltungskosten sind nach einer dem Haushaltsausschuss auf sozialdemokratischen Antrag vorgelegten Übersicht in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, gleichzeitig aber steht die deutsche Beteiligung an der Verwaltung der supranationalen Behörden in den meisten Fällen in einem krassen und unverantwortlichen Gegensatz. Der neue Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Professor Hettlage, liess es sich angelegen sein, im Sinne der sozialdemokratischen Anregungen zu wirken.

Unkontrollierter Geheimfonds

Wirkungslos blieben dagegen die sozialdemokratischen Anträge im Haushaltsausschuss und im Plenum des Bundestages, die auf eine Verringerung der Geheimfonds der Bundesregierung hinzielen, insbesondere des Jahr um Jahr grösser werdenden Geheimfonds des Bundeskanzlers im Bereich des Bundespresse- und Informationsamtes. Auch das Verlangen nach einer Parlamentskontrolle wurde von der CDU-Mehrheit im Bundestag wiederum abgelehnt.

Behördenballast

Im Haushaltsgesetz zum Bundeshaushalt 1959 ist auf sozialdemokratischen Antrag eine Bestimmung enthalten, die eine bessere Verwendung der Beamten und ihre notwendige Versetzbarkeit regelt. Diese Massnahme ist ein Bestandteil der sozialdemokratischen Forderung, wonach der ständigen Aufblähung der Verwaltung begegnet werden soll. Auf der gleichen Ebene liegen die sozialdemokratischen Forderungen, der unbestreitbaren Aufblähung der Organisation im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums zu begegnen. Auch das Verlangen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, bis zum 1. 12. 1959 durch den Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages einen Bericht der Bundesregierung über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Verkehrsünderkartei entgegenzunehmen, entspringt der gleichen Wurzel. Damit ist kein Wort gegen die notwendige Kontrolle von Verkehrsündern gesagt, aber deutliche Stellung genommen gegen die Methode, durch eine an der Peripherie der Bundesrepublik liegende Behörde zentrale Kontrollmassnahmen durchzuführen, die nach dem Beispiel anderer Völker auf erheblich einfachere und billigere Weise und zudem noch wirkungsvoller im Interesse der Verkehrssicherheit und der Ausschaltung von Verkehrsrowdies durchgeführt werden kann.

Verwaltungsvereinfachung

Im Verlauf der Etatdebatte haben sozialdemokratische Redner auch auf die dringend notwendige Vereinfachung der Verwaltung, auf Einsparungen im Bereich des Bundesgrenzschutzes (insbesondere auf eine Überprüfung der Existenzberechtigung des Passkontrolldienstes) und auf die Unterbindung

der Aufblähung von Delegationen im Ausland hingewiesen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass zu internationalen Verhandlungen nicht selten deutsche Delegationen in einer Zahl erscheinen, die erheblich stärker sind als die Delegationen anderer Länder. Sparsamkeit in der Verwaltung fängt nach sozialdemokratischer Auffassung gerade bei diesen Dingen an. Es ist auch nicht notwendig, dass die teuren Erstklass-Hotels zur Unterbringung der gesamten Delegation mit Stab, Sekretärinnen und Fahrern dienen müssen.

Subventionen

Die Sozialdemokraten haben im Verlauf der Etatberatung auch eine Überprüfung der Subventionspolitik der Bundesregierung gefordert. Es ist nicht damit getan, dass Bundesfinanzminister Etzel seine grundsätzliche Bereitschaft zur Überwindung des Subskriptionsunwesens erklärt. Die Lage ist auch im Hinblick auf die Entwicklung der Bundesfinanzen so, dass nicht nur der Mund gespitzt werden darf, sondern dass jetzt bald gepfiffen wird.

Der "ausserordentliche Haushalt"

Ein besonderes Anliegen der sozialdemokratischen Etatfachleute ist seit Jahr und Tag eine Bereinigung der inneren Ordnung des Bundeshaushalts in Bezug auf bestimmte Ausgaben, die geeignet sind, das Bundesvermögen zu erhöhen. Unter dem früheren Bundesfinanzminister Schäffer ist der Missbrauch eingerissen, dass der ordentliche Haushalt, dessen Ausgleich in erster Linie auf den Steuerleistungen der deutschen Bundesbürger beruht, belastet wurde mit Ausgaben, die nicht in den ordentlichen Haushalt gehören, sondern in den ausserordentlichen Haushalt, der durch Anleihen zu finanzieren ist. Schon seit Jahren konnte eine gezielte Begriffsverwirrung beobachtet werden, indem man sich bemühte, die Unterschiede zwischen dem ordentlichen und dem ausserordentlichen Haushalt zu verwischen. Nicht selten konnte man hören, dass diese Unterschiede überhaupt fallen müssten. Das würde praktisch bedeuten, dass jedes Haushaltsjahr grundsätzlich aus Steuern alle Mittel aufzubringen haben würde, die zur Finanzierung aller Ansätze erforderlich sind. Das würde zugleich aber auch bedeuten, dass eine reinliche Scheidung zwischen ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben hinfällig würde, so dass wenn man etwa aus wahltaktischen Gründen für die Regierungsparteien gerade keine Steuererhöhung wünscht, der Anleihewirtschaft Tür und Tor geöffnet werden würde. Dass sich die Sozialdemokraten mit einer solchen Finanzpolitik nicht einverstanden erklären können, liegt auf der Hand. Es ist bedauerlich, dass ihre Anträge auch in diesem Jahre keine Mehrheit fanden. Nur in einem einzigen Fall konnte ein gewisses Entgegenkommen erzielt werden, nämlich dann, als der sozialdemokratische Redner verlangte, dass eine Einnahme aus dem Verkauf von Vermögenswerten des Bundes nicht zur Deckung des ordentlichen Haushalts verwendet werden dürfe, sondern im ausserordentlichen Haushalt zur Befriedigung der dortigen Bedürfnisse dienen müsse.

Unklare "vermögenswirksame" Ausgaben

Die ganze Bedeutung des sozialdemokratischen Verlangens auf reinliche Scheidung zwischen vermögenswirksamen und anderen Ausgaben wird auch dem letzten Staatsbürger klar, wenn hier darauf hingewiesen wird, dass allein im ordentlichen Haushalt 1959 rund 2 Milliarden DM für vermögenswirksame Ausgaben enthalten sind, von denen rund 400 Millionen DM für Grundstücks-käufe, Hochbauten und Darlehen beansprucht werden. Es ist bei dem Willen der Bundesregierung geblieben: Die deutschen Steuerzahler müssen in diesem Jahre auch derartige Ausgaben finanzieren, die das Bundesvermögen erhöhen und genau wie in den Gemeinden und in den Ländern im ausserordentlichen Etat ausgewiesen sein und durch Anleihen gedeckt werden sollten. Damit redet die Sozialdemokratie im Bundestag keiner uferlosen Schuldenwirtschaft das Wort, sondern im Gegenteil einer sauberen und klaren Etatgebarung und der Feststellung, dass nur solche Ausgaben möglich sein sollen, die ohne Gefahr für die finanz- und währungspolitische Entwicklung des Bundes geleistet werden dürfen.

Drei prominente jugoslawische Politiker in Bonn

sp - Auf Einladung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion werden in der kommenden Woche drei namhafte jugoslawische Politiker in Bonn weilen. Es sind dies: Dr. Vladimir Bakarić, Dr. Aless Bebler und Dragi Stamenković. Die jugoslawischen Politiker erwidern damit den Besuch der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Erlar, Metzger, Mattick und Paul, die im März dieses Jahres politische Gespräche in Belgrad und auf der Insel Brioni mit Staatschef Tito geführt haben. Die Zusammensetzung der Delegation zeigt, welche Bedeutung Belgrad dem Besuch der jugoslawischen Politiker in Bonn beimisst.

Dr. Vladimir Bakarić (47) gehört zu den bekanntesten Staats- und Parteiführern Jugoslawiens. Er ist Präsident der kroatischen Nationalversammlung, Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Sekretär des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten in Kroatien, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Mitglied der Nationalversammlung. Er gilt als einer der hervorragendsten Theoretiker der Sozialpolitik in Jugoslawien. Nach dem Kriege hatte Bakarić zahlreiche hohe Staatsämter inne. Er ist Inhaber der höchsten jugoslawischen Auszeichnung, des Ordens der Nationalhelden. Schon als Student der Rechtswissenschaften schloß er sich der Kommunistischen Partei an. Er war mehrmals im Zuchthaus. Zu Beginn des Krieges übernahm er wichtige politische und später auch militärische Funktionen in der Widerstandsbewegung. 1943 war er Mitglied der ersten jugoslawischen Nachkriegsregierung.

Dr. Aless Bebler (51) ist Slowene. Er verfügt über große außenpolitische Erfahrungen, die er in den Dienst seiner jetzigen Funktion als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung gestellt hat. Dr. Bebler ist Mitglied des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Auch er ist Inhaber der höchsten jugoslawischen Auszeichnung. Nach dem Kriege gehörte Dr. Bebler zahlreichen Delegationen an. So war er längere Zeit Führer der jugoslawischen Delegation bei der UNO, Staatssekretär im Auswärtigen Amt und schließlich während zwei Jahren Botschafter in Paris. Rechtswissenschaften studierte Dr. Bebler in Paris, wo er auch zum Doktor promovierte. Während des spanischen Bürgerkrieges kämpfte Dr. Bebler in den internationalen Brigaden. Er wurde schwer verwundet. Im zweiten Weltkrieg stand er mit an der Spitze des Partisanenkampfes.

Dragi Stamenković (39) stammt aus Serbien. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften, Mitglied des Präsidiums des Bundes der serbischen Kommunisten, Mitglied des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Abgeordneter der Nationalversammlung und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Zweiten Kammer. Stamenković war früher Arbeiter und hat sich durch Selbststudium emporgearbeitet. In der Zeit der Illegalität war er oft verhaftet; er war damals Vorsitzender des Jugendverbandes in Serbien. Auch Stamenković ist Inhaber des Ordens der Nationalhelden.

Gandhi kontra Moskau

I.D. - Im südindischen Staat Kerala sind die nicht-kommunistische Parteien entschlossen, trotz Terror und Unterdrückung mit Hilfe des "gewaltlosen Widerstandes" die durch freie Wahlen an die Regierung gelangten Kommunisten zum Rücktritt zu zwingen. Nach unseren Begriffen scheint dieses Unterfangen absurd, ja wie selbstverständlich zum Scheitern verdammt. Für einen Inder hingegen, gilt nur der Wille eines Volkes, frei zu sein, wie es auch in Kerala nach fast dreijährigen Erfahrungen mit den Kommunisten mehrfach zum Ausdruck gekommen ist.

Die Inder bewiesen schon viele Male die Kraft dieser Gesinnung im waffenlosen Widerstand gegen die englische Kolonialmacht. "Die Engländer schenkten uns die Freiheit nicht, wir haben sie uns erkämpft" - , ein Argument, von dessen Richtigkeit sie jeden Fremden zu überzeugen bereit sind. Man wird an die vielen Gelegenheiten erinnert, bei denen die englische Kolonialregierung Gesetze als Folge der Opposition im Lande revidieren musste, sich beugen musste einem gewaltlosen Widerstand, dessen Macht so leicht zu unterschätzen ist. Auch die brutalste Besatzungsarmee hätte nicht zu schießen vermocht angesichts der von Gandhi geführten Demonstranten, die an der Küste auf primitive Weise dem Meer das Salz abgewannen und sich so gegen eine ihnen auferlegte Salzsteuer zur Wehr setzten.

Gandhi hat dem indischen Volk den Weg zur Gewaltlosigkeit gewiesen, als er sagte "... Ich glaube, dass gewaltloser Widerstand der Gewalt unendlich überlegen ist ... Ich wünsche..., dass Indien Gewaltlosigkeit übt, weil es seiner Stärke und Macht bewusst ist." Er warnte, Gewaltlosigkeit mit Feigheit zu verwechseln: " Sie (Gewaltlosigkeit) ist die höchste Tugend der Tapferen". Und Gandhi nennt diesen Kampf Satyagraha oder die Kraft der Seele. Die Überzeugung, für die rechte Sache einzustehen, ist der Motor, ist die Grundlage für diesen Kampf, den Gandhi mit den unterschiedlichsten Methoden geführt hat.

Satyagraha, als passiver Widerstand in unseren Sprachschatz eingegangen, starb nicht mit Gandhi. Die Ursache ist nicht allein, dass Gandhi von den Indern heute noch wie eine Gottheit verehrt wird. Tatsächlich hat Gandhi nur alte Lehren mit neuem Leben erfüllt. Indiens ganze

Geschichte ist erfüllt von Beweisen für gewaltlose Siege, genau wie die eines anderen Landes von Erfolgen auf Grund gewaltsamer Aktionen. Gautama Buddha, dessen Lehren für Asien die gleiche geistige Klammer darstellen wie das Christentum für Europa, lehnte sich schon im 6. Jahrhundert v. Chr. gegen jede Form von Gewalt auf.

Gandhi konnte also aufgreifen, was Jahrhunderte in der Geschichte seines Landes verschüttet gelegen hatte. Er entwickelte daraus Methoden, die im politischen Kampf in Indien auch heute noch Gültigkeit haben und anerkannt werden. Niemand fürchtet zum Beispiel eine Gefängnisstrafe als Reaktion auf eine gesetzeswidrige Tat, die der Demonstrant ganz und gar mit seiner Gesinnung vereintbart.

Im Kampf um Goa, der portugiesischen Enklave in Indien, versagte jedoch "Satyagraha". Ihm fielen Gläubige zum Opfer, und viele werden dafür noch Jahre hinter Gefängnismauern zubringen. Der gewohnte Lohn blieb aus, weil die Regierung Indiens die Anstrengungen dieses Freiheitskampfes nur mit halbem Herzen unterstützte. Sie fühlte sich der Gefahr etwaiger internationaler Verwicklungen als Konsequenz dieses Kampfes nicht gewachsen.

Mit gleicher Sorge verfolgt Nehru die jüngsten Ereignisse in Kerala. Seit ihrem Regierungsantritt haben die indischen Kommunisten, die als Talinisten Asiens bezeichnet werden, die Provinz zu einer Kommunisten-Kolonie zu formen versucht. Jedes Mittel war ihnen dabei recht. Neu zu bildende "Volksausschüsse" werden mit verlässlichen Kommunisten durchsetzt. Wählerlisten enthielten mehrfach die Namen Getreuer, während Andersgesinnte gar nicht darauf erschienen. Ja selbst vor politischen Morden schreckten sie nicht zurück. Die Opposition gegen die kommunistischen Machenschaften schwelt schon lange im Lande. Noch nie ist sie mit solcher Macht ans Tageslicht getreten wie gerade jetzt, da die kommunistische Regierung die freie Schulerziehung bedroht. Der gewaltlose Widerstand, von Sozialisten und Nehru-Anhängern inspiriert, hat begonnen. Doch die Kommunisten schrecken nicht vor Gewalt zurück, auch wenn sich ihnen eine unbewaffnete Menge zum Kampf stellt. Satyagraha steht vor einer harten Probe.